

Europäischer Policy Brief

■ *Vertrauen und Misstrauen von BürgerInnen in die Politik*

Demokratische Regierungssysteme sind auf engagierte und kritische BürgerInnen angewiesen, die sich an Wahlen beteiligen, sich mit Regierungsmaßnahmen kritisch auseinandersetzen und angesichts für sie nachteiliger Entscheidungen ihre Rechte verteidigen. Ihr Fundament besteht somit in einer Art kritischer oder wachsamer Unterstützung politischer Institutionen und Prozesse, die sowohl mit Vertrauen als auch mit Misstrauen einhergeht. Das bedeutet, dass blindes Vertrauen in die Institutionen demokratische Systeme nicht minder vor Probleme stellt wie zynisches Misstrauen. Doch wie sieht öffentliche Unterstützung in Zeiten nicht enden wollender Krisen und anhaltender Veränderungen aus? Wie viel Vertrauen haben die Menschen noch in PolitikerInnen, politische Institutionen oder das demokratische System? Welches Ausmaß hat das über die demokratisch wünschenswerten Formen eines wachsamem beziehungsweise aufgeklärten Vertrauens hinausgehende Gefühl des Misstrauens angenommen?

Im Rahmen des vom EU-Programm Horizont 2020 finanzierten Forschungsprojekts EnTrust wird in sieben europäischen Ländern sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene das Vertrauen und das Misstrauen in Politik untersucht, um eine Antwort auf diese Fragen zu finden. Es wurde ein Arbeitspaket mit der Erforschung der politischen Vertrauen/Misstrauen bedingenden individuellen Faktoren und ihrer Auswirkungen und politischen Implikationen betraut. Bei diesem Arbeitspaket wurde insbesondere auf einen multimetho-

dischen Ansatz (Web-Umfragen und Experimente zu deliberativer Online-Partizipation) gesetzt, um politischen EntscheidungsträgerInnen, die verstehen wollen, wie stark Vertrauen und Misstrauen in politische Institutionen ausgeprägt sind, wodurch diese Haltungen angetrieben werden und, wichtiger noch, wie sie sich formen lassen, wertvolle Einblicke zu liefern. Gestützt auf ein Gespräch am Runden Tisch im Juni 2023, bei dem VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission über die Ergebnisse und Implikationen dieser Forschungsarbeit debattierten, enthält dieser Policy Brief Empfehlungen, die darauf abzielen, das Vertrauen in politische Institutionen (wieder-)herzustellen, wobei Misstrauensäußerungen gleichzeitig als wichtiger Baustein von Demokratien anerkannt werden. Auf dieser Grundlage wurden vier Empfehlungen ermittelt.

#Nr. 1: Bekämpfung von Korruption und unethischem Verhalten auf allen Regierungsebenen und Demonstration von Integrität

Korruption ist ein Fehlverhalten, das nicht nur Vertrauen unwiederbringlich zerstört, sondern auch Desillusion und zynischem Misstrauen den Boden bereitet. Folglich ist es von wesentlicher Bedeutung, auf allen Regierungsebenen Antikorruptionsmaßnahmen einzuführen und zu verstärken. Diese Maßnahmen zeugen von einem Bekenntnis zu Rechenschaftspflicht und ethischem Verhalten, wodurch die Vertrauenswürdigkeit gestärkt

und Vertrauen aufgebaut wird, da so zum Ausdruck kommt, dass den Amtspersonen das öffentliche Interesse am Herzen liegt.

Regierungen und politische Institutionen auf allen Ebenen sollten eine umfassende Bewertung ihrer internen Strukturen vornehmen, um korruptem Verhalten, Misswirtschaft und Drehtür-Praktiken vorzubeugen. Diese Maßnahmen sollten einen Verhaltenskodex beinhalten, der über alle institutionellen Ränge hinweg Anwendung findet. Auf EU-Ebene gilt es, die Rolle der/des Europäischen Bürgerbeauftragten zu stärken. In dieser Hinsicht scheint Transparenz ein besonders wichtiges Anliegen zu sein, das die EU-Politik noch mehr in den Mittelpunkt stellen sollte. Zur Verhinderung von Korruption muss transparent sein, mit wem sich EntscheidungsträgerInnen und MitarbeiterInnen aller Ränge treffen. Auf EU-Ebene gehören hierzu u. a. ReferatsleiterInnen der Kommission, Vorsitzende von Parlamentsausschüssen und Ratsmitglieder. Es sollte regelmäßig eine umfassende Aufzeichnung aller arbeitsbezogener Termine in Bezug auf eine breite Palette an Zusammenkünften, darunter Online- oder Telefongespräche sowie sogenannte informelle Treffen, offengelegt werden. Diese Praxis würde für Transparenz in den Gesetzgebungsvorgängen sorgen und „Außenstehenden“ einen Einblick in die Einflüsse gewähren, denen die Gesetzgebung oder die Politik unterliegen.

Gleichzeitig sollten die Mitgliedstaaten und die EU hohe Standards für die Information der Öffentlichkeit setzen, und zwar auch durch eine gründliche Überprüfung der geltenden Vorschriften. Vorschriften in Bezug auf die Offenlegung von Dokumenten und Protokollen gegenüber der Öffentlichkeit dürfen nicht missbraucht werden, um Informationen vor der Öffentlichkeit zurückzuhalten. Bezogen

auf die EU-Politik fällt hierunter auch die Veröffentlichung des Abstimmungsverhaltens der Mitgliedstaaten in den Vorbereitungsgrünen des Rates.

#Nr. 2: Sicherstellung einer starken Rolle der lokalen Regierungen innerhalb eines klaren Mehrebenen-Regierungssystems, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen

Lokale Demokratie spielt für die BürgerInnen eine besonders wichtige Rolle und hat einen entscheidenden Einfluss auf ihre Meinungen und Vorstellungen zum Thema demokratische Politik. Aus diesem Grund ist es von essentieller Bedeutung, das Funktionieren und die Glaubhaftigkeit der lokalen Institutionen und politischen Prozesse innerhalb eines Systems der klaren Trennung der Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse zwischen den einzelnen Regierungsebenen zu gewährleisten. Die Stimmen und Sichtweisen lokaler und regionaler Regierungen sollten in nationalen und europäischen sowie internationalen Regierungsforen gut vertreten sein. Gleichzeitig ist es entscheidend, Mechanismen einzuführen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht in lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Institutionen gewährleisten.

PolitikerInnen und politische Institutionen sollten sich das Vertrauen der Öffentlichkeit in lokale Regierungen zunutze machen, um Vertrauen in die repräsentative Demokratie (wieder-)herzustellen. Sie sollten die wesentliche Rolle lokaler Demokratie bei der Gestaltung europäischer Demokratie anerkennen und es den lokalen und regionalen Regierungen ermöglichen, Bürgerbeteiligung zu erleichtern und auf unmittelbare Anliegen der BürgerInnen einzugehen. Denn eine solche reaktionsfähige Politik schafft Vertrauen. Außerdem sollten durch angemessene Mittel, technische

Unterstützung und verlässliche Rechtsrahmen die Handlungsmöglichkeiten lokaler und regionaler Regierungen ausgebaut werden. Dadurch können sie Initiativen zur Förderung von offenem Regierungs- und Verwaltungshandeln umsetzen, die Transparenz, Beteiligung und Rechenschaftspflicht fördern.

Lokale Regierungen sollten Plattformen einrichten, um mit BürgerInnen und EinwohnerInnen, lokalen Organisationen und anderen Interessengruppen in Austausch zu treten, zu debattieren und zusammenzuarbeiten. Bürgerengagement und -beteiligung sollten über das reine Wählen hinausgehen. Lokale Regierungen sollten auf den lokalen Ebenen eine direkte Demokratie fördern, die alle BürgerInnen und EinwohnerInnen, einschließlich Randgruppen, einbezieht.

#Nr. 3: Förderung der deliberativen Demokratie

Die EU und die Mitgliedstaaten sollten Initiativen entwickeln, finanzieren und implementieren, durch die ergänzend zu einem verstärkten zivilen Dialog Praktiken der deliberativen Demokratie in öffentliche Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden werden. Durch das Einbinden der BürgerInnen in Deliberationen zu zentralen Themen können Regierungen das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Institutionen stärken. Engagierte BürgerInnen haben eher Vertrauen in Institutionen, wenn sie erleben, dass ihre Stimme Wertschätzung erfährt und bei der Gestaltung der Politik Berücksichtigung findet. Mehr Kommunikation zwischen den Institutionen und der Öffentlichkeit ist ein Schlüsselfaktor, wenn es darum geht, Verständnis zu schaffen und Engagement zu fördern.

Deliberative Prozesse ermöglichen Einblicke in die Prioritäten und Werte der Menschen und in mögliche Kompromisse, was den EntscheidungsträgerInnen dabei hilft, schwierige Entscheidungen zu treffen und dabei Transparenz und Legitimität aufrechtzuerhalten. Deliberative Foren stoßen Lernprozesse und kollaborative Diskussionen an und führen zu informierten Empfehlungen zu politischen Vorschlägen. Sie sollten im Vorfeld spezifischer Arten von öffentlichen Entscheidungen abgehalten werden und Personen mit unterschiedlichen Hintergründen einbeziehen. Die Regierungen sollten sich an die Grundsätze aus den Empfehlungen zur Durchführung deliberativer Prozesse des Europarats halten, mit denen internationale Standards gesetzt werden sollen. Die Empfehlungen umfassen den Aufbau eines Rechtsrahmens, die Schaffung von Klarheit in Bezug auf den Auftrag und die Gestaltung solcher Prozesse und die Sicherstellung einer fairen Vertretung und Rechenschaftspflicht.

Erfordert das Format Moderatoren, ist es wichtig, transparent dazulegen, wie sie ausgewählt werden. Darüber hinaus sollten sie kein spezifisches Interesse am diskutierten Thema haben. Was den Austausch mit ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen betrifft, sollte zivilgesellschaftlichen Organisationen angemessener Raum für ihre Beiträge gewährt werden. Überdies sollte es Diskussionsformate in den Reihen der verschiedenen Interessengruppen geben und der Zuhörerschaft sollte hinreichend Zeit für Fragen eingeräumt werden. Im Rahmen der Initiativen sollten Mechanismen vorgesehen werden, um die Meinungen der TeilnehmerInnen vor und nach der Deliberation in Erfahrung zu bringen und so Änderungen in der Wahrnehmung der Reaktionsfähigkeit und Effizienz der Regierung zu erfassen.

Die lokalen Regierungen sollten Bürgerbeiräte einrichten, die über einen längeren Zeitraum laufende Einblicke in eine Reihe von Themen bieten. Es sollte eine ständige Bürgerversammlung ins Leben gerufen werden, die Bürgerbeiräte initiiert und ihnen die Befugnis erteilt, das Thema zu bestimmen, zu dem Empfehlungen gesammelt werden. Ferner sollten BürgerInnen und andere EinwohnerInnen die Möglichkeit erhalten, mithilfe eines Petitionsystems einen repräsentativen deliberativen Prozess anzustoßen, sobald die Unterstützung einen festgelegten Schwellenwert erreicht. Es sollte Standards und Unterstützungsstrukturen für diejenigen, die eine deliberative Initiative anstoßen möchten, geben. Es sollte gesetzlich vorgegeben sein, dass repräsentative deliberative Prozesse in die lokale strategische Planung einfließen, so dass die Sichtweisen der BürgerInnen Eingang in die wichtigen politischen Entscheidungen auf lokaler Ebene finden.

Nr. 4: Förderung traditioneller, unkonventioneller und neuer Formen der Jugendbeteiligung

Das Vertrauen junger Menschen in Institutionen ist im Allgemeinen geringer und ein geringeres Vertrauen geht mit unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung einher. Aus diesem Grund ist es von unsagbarer Wichtigkeit, dass Institutionen Maßnahmen ergreifen, um jungen Menschen mehr Gelegenheiten zu bieten, sich politisch einzubringen, die Möglichkeit einer unkonventionellen politischen Beteiligung nicht zu beschränken und die daraus hervorgehenden politischen Forderungen ernsthaft in Betracht zu ziehen. Dies ist für die Entwicklung von Vertrauen in die Institutionen von entscheidender Bedeutung, da unkonventionelle Formen politischer

Beteiligung einen Weg darstellen, den Anliegen junger Menschen innerhalb des Systems eine „Stimme“ zu verleihen, anstatt sie aus diesem zu „verbannen“. Von der Reaktion seitens der Institutionen hängt ab, ob die an solchen Aktionen Mitwirkenden das Gefühl haben, „gehört zu werden“, wodurch ihr Vertrauen in die Institutionen wächst, oder nicht, was das Misstrauen weiter nähren kann.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten die Vielfalt unter den jungen Menschen anerkennen und dabei Faktoren, wie das Geschlecht, den sozioökonomischen Hintergrund und den geografischen Standort berücksichtigen. Sie sollten mithilfe eines Konzepts der kontinuierlichen Berücksichtigung der Jugend (Youth Mainstreaming) politische Maßnahmen und Beteiligungsmethoden herausarbeiten, um auf die individuellen Bedürfnisse und Präferenzen der verschiedenen Profile einzugehen. Die Maßnahmen sollten relevant und an den Interessen und Fähigkeiten der jungen Menschen ausgerichtet sein, um so sicherzustellen, dass sie Gewicht haben.

Es gilt, auf allen Regierungsebenen Strategien zu entwickeln, um junge Menschen zur Teilnahme an Wahlen zu bewegen. Hierbei kommen Maßnahmen, wie eine Herabsetzung des Wahlalters, automatische Wählerregistrierung und leicht zugängliche Informationen zu Kandidaten und Themen in Betracht. Um junge Menschen in die Politik einzubinden, sollte politische Kommunikation auf die sozialen Medien und Online-Plattformen ausgeweitet werden. Die Wirksamkeit der Strategien zur Förderung der Jugendbeteiligung sollte regelmäßig auf den Prüfstand gestellt und basierend auf sich verändernden gesellschaftlichen Dynamiken angepasst werden, um ihre Relevanz sicherzustellen.

Um die Vertretung junger Menschen zu verbessern und Ungleichgewichte zwischen den Generationen anzugehen, sollten das Herabsetzen der Altersanforderungen für das Bekleiden eines politischen Amtes erwogen und überdies Jugendquoten im europäischen und in den nationalen Parlamenten eingeführt werden. Diese Quoten sollten anpassbar sein und den Bevölkerungsanteil der unter 35-Jährigen widerspiegeln, um so eine effektive Repräsentation sicherzustellen. Regelungen für die Wahlkampffinanzierung würden dafür sorgen, dass junge PolitikerInnen nicht aus finanziellen Gründen daran gehindert werden, für ein Amt zu kandidieren.

Die EU und die Mitgliedstaaten sollten die Legitimität von Protest und zivilem Ungehorsam als gültige Formen bürgerlichen Engagements hochhalten und jedwede Versuche, ihren Aktionen einen negativen Stempel aufzudrücken, verurteilen. In diesen Aktionen finden die Anliegen der jungen Menschen Ausdruck und sie geben ihnen die Möglichkeit, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Dem Anhören und Verstehen der Bestrebungen junger AktivistInnen sollte Priorität eingeräumt werden. Regierungen sollten Mittel für Initiativen bereitstellen, die junge Menschen in die Lage versetzen, Projekte zu leiten, mit denen gesellschaftliche Probleme angegangen werden und die die Mitwirkung in zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern. Sie sollten Räume schaffen, um ihren Stimmen in breiteren Diskussionen und Aktionen Gehör zu verleihen.

Bei der Beurteilung unkonventioneller politischer Beteiligung sollten die Regierungen die Überschneidung verschiedener Identitäten, wie Alter, Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit, sowie Themen, wie soziale Gerechtigkeit und Klimawandel, berücksichtigen.

Gleichzeitig sollten sie erkennen, wie sich diese Überschneidungen auf Chancen und Formen der Beteiligung auswirken.

Regierungen sollten bedeutsame Initiativen zur Konsultation junger Menschen etablieren und existierende durch aktives Einbeziehen in die Planung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung politischer Maßnahmen und Initiativen stärken, wodurch ein Gefühl aktiver Bürgerschaft und Eigenverantwortung kultiviert wird. Sie sollten benutzerfreundliche Online-Plattformen schaffen, auf denen junge Menschen an Diskussionen, Debatten und Entscheidungsfindungen teilhaben können. Hierzu könnten sie mit Jugendorganisationen und Basisbewegungen zusammenarbeiten, um gemeinsam politische Maßnahmen, Initiativen und Kampagnen zu entwickeln, die mit den Interessen der jungen Menschen in Einklang stehen.

Forschungshintergrund: unterstützende Untersuchungsergebnisse

Im Rahmen des EnTrust-Projekts unter der Leitung der Panteion Universität für Sozial- und Politikwissenschaften in Griechenland wurden webbasierte Umfragen in sieben Ländern (Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen, Serbien und Tschechien) in Auftrag gegeben, um das Vertrauen und Misstrauen in Politik zu bestimmen, verschiedene Formen politischen Misstrauens zu identifizieren, die Ursachen und Wirkungen politischen Misstrauens zu verstehen und mögliche politikgesteuerte Abhilfemaßnahmen zu erforschen. Die Umfragen richteten sich an eine repräsentative Stichprobe der allgemeinen Bevölkerung und führten zu rund 2.000 Antworten pro Land. Die Feldarbeit fand von Januar

bis Mai 2023 (und in Serbien zum Teil August 2023) statt.

Parallel dazu wurden im Rahmen von EnTrust unter der Leitung der Universität Siena in Italien mit BürgerInnen und VertreterInnen der Politik in vier Ländern (Italien, Dänemark, Griechenland und Polen) Experimente zu deliberativer Online-Partizipation durchgeführt. Ziel dieser Versuche war es, die Auswirkungen politischer Deliberation auf das Vertrauen und Misstrauen in die Politik zu prüfen. Insgesamt nahmen 90 BürgerInnen an den deliberativen Online-Abstimmungen teil. Der Fokus lag auf den Themen Klimawandel, insbesondere Plastikverschmutzung, und nachhaltige Mobilität. Die Forschungsergebnisse liefern einen starken Beleg für die Relevanz der Kernprobleme und der vorgenannten Empfehlungen.

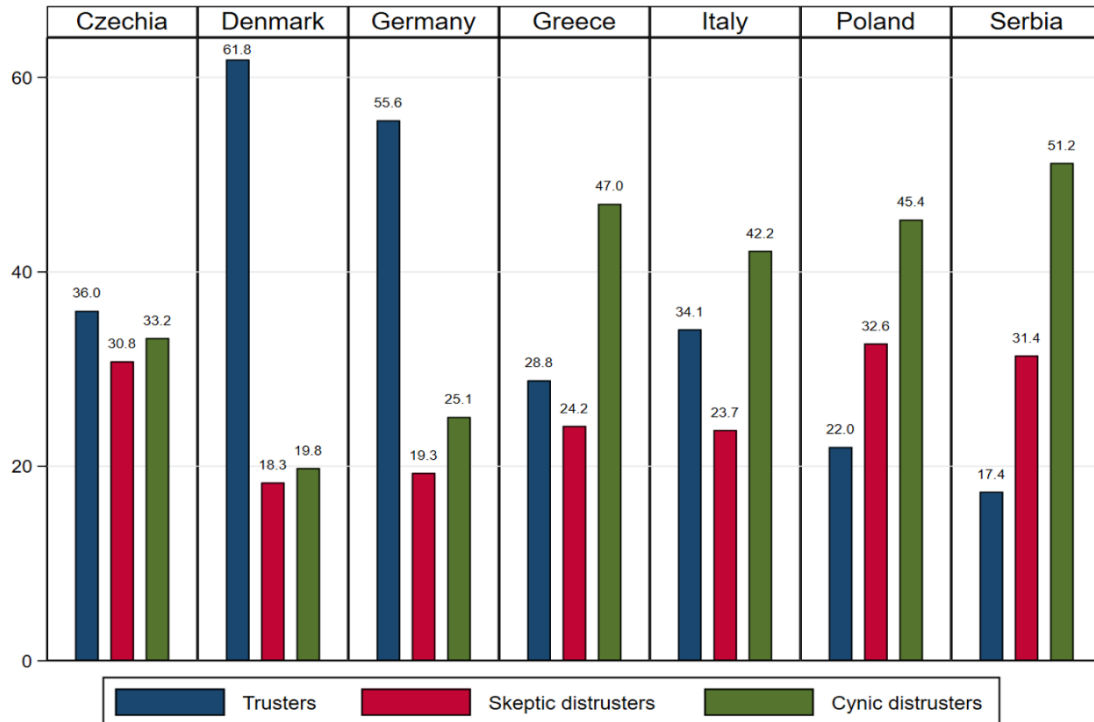
Wichtigste Ergebnisse

Eine ethische Kultur in den politischen Institutionen und ethisches Verhalten der PolitikerInnen werden oft in Frage gestellt

Von den Befragten der repräsentativen Bevölkerungsumfrage in sieben Ländern waren 55 % der Ansicht, dass politischen Institutionen, unabhängig von ihrer Vertrauenswürdigkeit, stets mit Skepsis begegnet werden sollte. Diese Meinung wurde besonders stark in Griechenland (70 %) und Serbien (66 %) vertreten und war in Italien (43 %), Tschechien (47 %) und Polen (45 %) weniger vorherrschend. Die Zustimmung zu der Aussage: „gleich, was die Menschen tun, politische Institutionen können nie vertrauenswürdig werden, da das gesamte politische System hoffnungslos fehlerhaft und unglaubwürdig ist“, reichte von 37 % in Dänemark bis 60 % in Griechenland.

Es ist bemerkenswert, dass das Misstrauen der Bevölkerung in die Vertrauenswürdigkeit von PolitikerInnen nicht viel stärker ausgeprägt ist als ihr Misstrauen in die Vertrauenswürdigkeit von Institutionen. Tatsächlich sind nahezu genauso viele UmfrageteilnehmerInnen (nämlich 59 %) der Ansicht, dass man sich auf PolitikerInnen nicht verlassen kann (von 68 % in Polen bis 43 % in Dänemark). Jedoch unterscheidet sich die Beurteilung von PolitikerInnen je nachdem, welcher Aspekt ihrer Vertrauenswürdigkeit betrachtet wird, erheblich. Was die Ehrlichkeit betrifft, ist ein beachtlicher Anteil von 70 % aller Befragten der Meinung, dass Politiker lügen, um voranzukommen (von 83 % in Polen bis 55 % in Dänemark). Gleichzeitig denken nur 20 % der Befragten, dass PolitikerInnen kompetent entscheiden (nur 13 % in Serbien und Polen) und gerade einmal 21 % glauben, dass sich PolitikerInnen im Amt an die Gesetze halten (von 11 % bzw. 13 % in Serbien und Polen bis 33 % bzw. 35 % in Deutschland und Dänemark).

In Bezug auf Empfehlung 1 ist es besonders bemerkenswert, dass sich in den sieben Ländern in den verschiedenen Niveaus von Vertrauen in die Politik stark die Wahrnehmung von Korruption in den nationalen Stichproben unserer Umfrage widerspiegelt. Allgemein gab ein signifikanter Anteil der Befragten an, dass Korruption in ihren Ländern weitverbreitet ist: 31 % halten sie für sehr weitverbreitet, 40 % glauben, dass sie ziemlich weitverbreitet ist. Es ist jedoch beachtenswert, dass Griechenland und Serbien die extremsten Fälle darstellen: Hier sind 92 % bzw. 89 % der Befragten der Meinung, dass Korruption sehr oder ziemlich weitverbreitet ist. Die niedrigsten Werte, was die Wahrnehmung von Korruption anbelangt, finden sich in Dänemark (nur 6 % denken, dass Korruption sehr



weitverbreitet ist, und 22 %, dass sie ziemlich weitverbreitet ist) und Deutschland (die entsprechenden Zahlen sind 12 % bzw. 40 %). Die anderen drei Länder reihen sich zwischen den bereits genannten Fällen ein.

Lokale und regionale Behörden genießen größeres Vertrauen als nationale Regierungen

Wie unsere repräsentative Bevölkerungsumfrage zeigt, variiert das Vertrauen der BürgerInnen erheblich mit den verschiedenen Regierungsebenen. Auf einer Skala von 0 („kein Vertrauen“) bis 10 („volles Vertrauen“) lagen die Befragten aus Dänemark und Deutschland in Bezug auf das Vertrauen in ihre nationalen Regierungen im mittleren Bereich. Die Befragten aus Tschechien, Griechenland, Italien, Polen und Serbien positionierten sich in der unteren Hälfte der Skala. In allen Ländern (mit Ausnahme von Serbien) war das Vertrauen in regionale und lokale Regierungen im

Durchschnitt um rund einen Prozentpunkt größer (siehe Empfehlung 2). In Tschechien, Dänemark, Deutschland und Serbien war das Vertrauen in die EU gleich hoch oder etwas geringer als das Vertrauen in die nationale Regierung. Dieses Muster stellte sich in Griechenland und Italien umgekehrt dar. In Polen lag das Vertrauen in die EU deutlich über dem in die nationale Regierung. Insgesamt war das Niveau des Vertrauens in die verschiedenen Regierungsebenen in Serbien am niedrigsten und in Dänemark und Deutschland am höchsten.

Von den Befragten waren 43 % der Ansicht, dass das politische System vertrauenswürdiger wäre, wenn die nationalen Regierungen mehr Kontrolle an die lokalen und regionalen Behörden übertragen würden, 18 % stimmten dieser Aussage hingegen nicht zu. Insbesondere gab etwas mehr als die Hälfte der Befragten in Polen an, dass Dezentralisierung für

etwas mehr Vertrauenswürdigkeit des politischen Systems sorgen würde.

Unterschiedliche Auswirkungen der Teilnahme von ExpertInnen und PolitikerInnen an deliberativen Foren

Gemäß den von uns durchgeführten Online-Experimenten zu deliberativer Partizipation wirkt sich die Teilnahme an deliberativen Foren nicht signifikant auf das selbst wahrgenommene Vertrauen in Institutionen aus. Diese statistische Beobachtung bedeutet jedoch nicht, dass politische Deliberationen irrelevant sind. Was unsere Experimente zeigen, ist, dass die Bereitschaft, politischen Institutionen Vertrauen zu schenken, nicht durch kurze deliberative Maßnahmen beeinflusst wird, sondern eher durch längerfristige Erfahrungen politischer Einbeziehung und Interaktion. In Anbetracht der Effekte, die durch unsere deliberativen Experimente festgestellt werden konnten, ist diese Erwartung gerechtfertigt. Es gibt nämlich Hinweise auf indirekte Auswirkungen auf das Vertrauen in die Politik. Erstens wirkt sich die Teilnahme an Deliberationen mit PolitikerInnen auf die Präferenz deliberativer Prozesse der Politikgestaltung aus. Dieser Effekt variiert in Abhängigkeit von ideologischen Orientierungen, denn die Präferenz nimmt unter linksorientierten TeilnehmerInnen zu, während die wahrgenommene Effizienz der Bürgerbeteiligung unter rechtsorientierten TeilnehmerInnen tendenziell abnimmt. Die Tatsache, dass bei den deliberativen Experimenten Umweltprobleme diskutiert wurden, könnte sich dabei motivierend auf erstere und demotivierend auf letztere ausgewirkt haben. Zweitens legen die Daten nahe, dass Interaktionen mit professionellen PolitikerInnen in deliberativen Foren eine Abnahme der individuellen Präferenzen für

technokratische Prozesse der Politikgestaltung zur Folge haben (nach Interaktionen mit ExpertInnen ist das Gegenteil der Fall), was davon zeugt, dass sie das Vertrauen in politische Entscheidungsfindungsprozesse steigern. Drittens bringen Interaktionen mit ExpertInnen progressivere TeilnehmerInnen dazu, mehr Wert auf Formen von „Lifestyle-Politik“ (d. h. Betonung der politischen Bedeutung, die umweltfreundlichen Konsumstilen beigemessen wird) zu legen, was zeigt, dass die TeilnehmerInnen lernen, ihren persönlichen Beitrag zur Problemlösung zu reflektieren. Und schließlich besteht das belastbarste Ergebnis im starken Rückgang populistischer Einstellungen unter den Personen, die an diesen deliberativen Foren, darunter auch denjenigen mit ausschließlicher Interaktion mit professionellen PolitikerInnen, teilgenommen haben. Insgesamt zeigen unsere Ergebnisse, dass Deliberationen mit PolitikerInnen und ExpertInnen einen positiven Effekt auf die Bereitschaft der BürgerInnen haben, politischer Partizipation und Entscheidungsfindung einen höheren Stellenwert einzuräumen, was indirekt zu informierten oder kritischen Formen des Vertrauens in politische Institutionen beiträgt.

Geringes Vertrauensniveau unter jungen Menschen und an unkonventionellen Formen politischer Partizipation beteiligten Personen

Insbesondere junge Befragte (18- bis 29-Jährige) hatten im Schnitt weniger Vertrauen in ihre nationalen Regierungen als ältere Altersgruppen. Diese Beobachtung konnte in jedem Land gemacht werden, mit Ausnahme von Tschechien, wo die Beziehung zwischen Vertrauen in die Regierung und Alter umgekehrt zu sein scheint. Außerdem war das durchschnittliche Niveau des Vertrauens in die

Regierung in Griechenland und Italien in den Altersgruppen der 18- bis 29-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen praktisch gleich und in beiden geringer als in den Altersgruppen der 50- bis 64-Jährigen und der über 65-Jährigen. Und Serbien schließlich bildete eine teilweise Ausnahme, denn hier war das Vertrauen in die Regierung in der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen im Vergleich zu den übrigen Altersgruppen am geringsten.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen einen Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in nationale Regierungen und Mitwirkung in konventionellen Formen politischer und bürgerschaftlicher Partizipation, darunter Teilnahme an Wahlen, Mitarbeit in politischen Kampagnen, ehrenamtliche Tätigkeiten in der Gemeinde und freiwilliges Engagement in NRO oder Unterstützung von NRO durch Spenden. Im Gegensatz dazu sind Menschen mit geringeren Vertrauensniveaus eher in unkonventionelle Formen politischer und bürgerschaftlicher Partizipation (d. h. Teilnahme an Demonstrationen, Straßenaktionen, Streiks oder Boykotten von Produkten) eingebunden. Mit nur wenigen Ausnahmen (beispielsweise zeigen Menschen, die in politischen Kampagnen mitarbeiten und freiwillig für NRO tätig sind, in Italien im Schnitt weniger Vertrauen in die Regierung) gelten diese Ergebnisse für die einzelnen Länder. Diese Ergebnisse belegen, dass Teile der jüngeren Generation der repräsentativen Demokratie mit ihren partizipatorischen Möglichkeiten und politischen Institutionen skeptisch gegenüberstehen, aber von unkonventionellen Formen des politischen Engagements außerhalb der konventionellen Beteiligungsformen Gebrauch machen. Das geringe Vertrauensniveau ist folglich Ausdruck von mangelndem Vertrauen in repräsentative Institutionen von Demokratien, aber nicht zwangsläufig in die demokratische

(beispielsweise plebiszitäre, assoziative oder deliberative) Politik. Diese Beobachtung wurde im Rahmen früherer Untersuchungen immer wieder betont. Darin ist die Rede von einer „kritischen Bürgerschaft“, die auf neue Formen politischen Verhaltens setzt und so zu einer mit neuem Leben gefüllten demokratischen Politik beiträgt.

Forschungsparameter und Projektinformationen

Das EnTrust-Projekt wird von der EU im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020 finanziert (Finanzhilfvereinbarung Nr. 870572). Die in diesem Policy Brief dargelegten Empfehlungen und Ergebnisse basieren auf dem Integrierten Bericht über Formen, Determinanten, Wirkungen und Lösungsansätze von bzw. in Bezug auf Vertrauen und Misstrauen sowie auf einem Expertenrundtisch zwischen dem Forschungsteam und den folgenden ExpertInnen: Gabriella Civico (Civil Society Europe/Europäisches Freiwilligenzentrum), Camille Dobler (Missions Publiques), Damian Boeselager (Mitglied des Europäischen Parlaments, Grüne/EFA), Kristóf Papp (Europäisches Jugendforum) und Srd Kisevic (GD JUST, Europäische Kommission).

Das EnTrust-Konsortium besteht aus acht Partnerteams, die in sieben Ländern (der Tschechischen Republik, Dänemark, Griechenland, Deutschland, Italien, Polen und Serbien) und auf EU-Ebene forschen und ihre Ergebnisse verbreiten. Der Arbeitsplan besteht aus sieben Arbeitspaketen, die der systematischen Analyse und Reflexion verschiedener Aspekte des Themas gewidmet sind:

1. Theoretische und normative Grundlagen von Vertrauen und Misstrauen
2. Vertrauen und Misstrauen in Alltagsinteraktionen mit öffentlicher Verwaltung
3. Die Rolle demokratischer sozialer Bewegungen bei der Bildung von Vertrauen und Misstrauen
4. Die Rolle der Medien beim Aufbau von Vertrauen und Misstrauen: Information oder Polarisierung?
5. Entwicklungspsychologische Einblicke in Vertrauen und Misstrauen
6. Vertrauen und Misstrauen der BürgerInnen in Politik: Formen, Determinanten, Auswirkungen und Abhilfemaßnahmen
7. Vertrauen und Misstrauen in der Zivilgesellschaft: Vorbilder und Empfehlungen

Weitere Arbeitspakete befassen sich mit der Verbreitung, Nutzung und Kommunikation von Forschungsergebnissen, Management und ethischen Fragen.

Weitere Informationen über das EnTrust-Projekt finden Sie unter www.entrust-project.eu.

Konsortium:

[Civil Society Europe](#) (Brüssel, Belgien)

[Masaryk University](#) (Brno, Tschechien)

[Panteion University of Social and Political Sciences](#) (Athen, Griechenland)

[University of Belgrade, Institute of Philosophy and Social Theory](#) (Serbien)

[University of Copenhagen](#) (Dänemark)

[Universität Siegen](#) (Deutschland)

[University of Siena](#) (Italien)

[University of Warsaw](#) (Polen)

Kontakt

Prof. Dr. Christian Lahusen
Projektkoordinator
Universität Siegen
Seminar für Sozialwissenschaften
Adolf-Reichwein-Str. 2
D- 57068 Siegen – Germany

e-mail: entrust@uni-siegen.de

Carlotta Besozzi
Projektpartner
Civil Society Europe
Rue du Congrès 13,
B- 1000 Brussels – Belgien

e-mail: contact@civilsocietyeurope.eu

Social Media Links



Projektinformationen

Art des Projekts: Gemeinschaftsprojekt
Aufruf: H2020 SC6 GOVERNANCE-01-2019: Trust in Governance
Starttermin: Februar 2020
Dauer: 48 Monate
Koordinator: Prof. Dr. Christian Lahusen, Universität Siegen
Fördervereinbarung Nr.: 870572
EU-finanziertes Projektbudget: 2,978,151.25 €



Dieses Projekt wurde mit Mitteln aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm "Horizont 2020" der Europäischen Union unter der Finanzhilfvereinbarung Nr. 870572 gefördert. Der Inhalt dieser Veröffentlichung liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren und spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Europäischen Union wider.

www.entrust-project.eu